

# Goldbergbau in den Philippinen und die Folgen für die indigene Bevölkerung

von Angelika Weber

**Die Nachfrage nach Gold wächst weltweit. Nicht nur bei uns hat die Goldindustrie durch allgemein höhere Einkommen und lockende Billigprodukte neue Käuferschichten gewonnen. Auch und vor allem im asiatischen und arabischen Raum investieren aufkommende und im letzten Jahrzehnt stark wachsende Eliten in Gold.**

In vielen dieser Länder wie z.B. in Indien hat Gold durch die ihm zugeschriebene quasi-religiöse Bedeutung große Attraktivität. Weitere große Abnehmer verarbeiteten Goldes sind China, Vietnam und Malaysia. Auch hier haben sich in den letzten Jahren neue Eliten herausgebildet, die ihren Reichtum in Gold anlegen. Im arabischen Raum war und ist Goldschmuck die einzige Art für die Frau, ein eigenes Vermögen zu besitzen, da ihr nur gehören darf, was sie am Körper trägt.

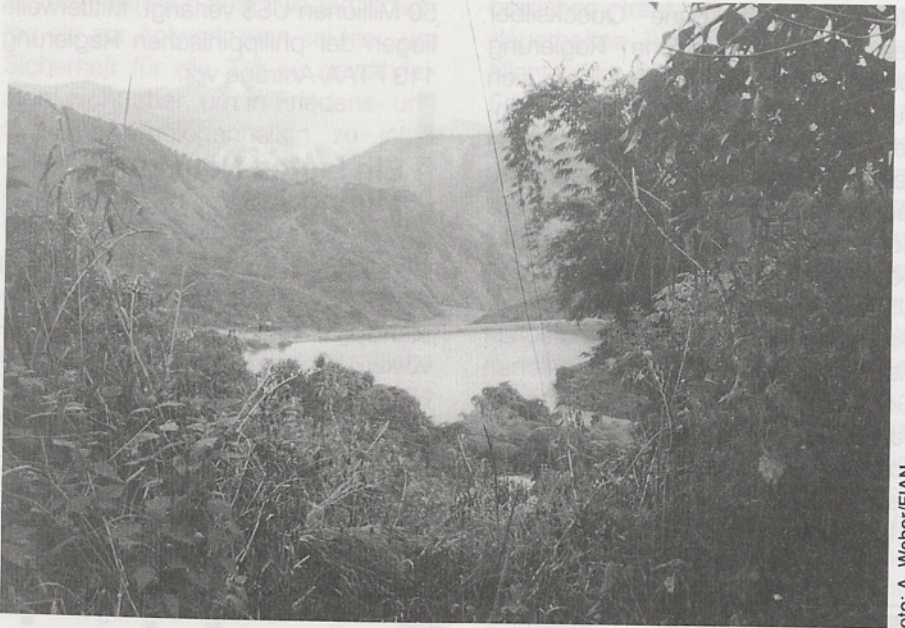
## Die Goldproduktion — eine wachsendes Geschäft

Seit 1990 hat sich die Nachfrage nach Gold vervierfacht, die Goldproduktion ist um 46 % gestiegen. Seit 1980 ist sogar ein Anstieg von 80 % zu verzeichnen. Circa 85 % der jährlichen Goldkäufe gehen in Schmuck, Münzen und Goldbarren. Nur ein geringer Teil der Goldproduktion wird also wirklich in der industriellen Produktion verwendet.

Der Anstieg der Goldproduktion läßt sich nicht nur auf die gestiegene Nachfrage zurückführen, sondern in erheblichem Maße auch auf eine Effizienzrevolution bei den Abbautechnologien. Als Abbaumethode wurde Quecksilberamalgie durch die großtechnische Anwendung der

Cyanidlaugung bei der Heraustragung des Goldes aus dem Trägergestein abgelöst. Dies erlaubt eine größere Ausbeute je Tonne verarbeiteten Gestein und ermöglicht es auch, aus Gestein, welches schon mit Quecksilber behandelt wurde,

Obwohl der Goldpreis seit den achtziger Jahren permanent gefallen ist und Mitte 1997 sogar die psychologisch wichtige Marke von 300 US\$ pro Feinunze durchbrach, rechnet die Goldbranche für die Zukunft mit steigenden Gewinnmargen.



Vergiftetes Wasserauffangbecken der Benguet-Mine

Foto: A. Weber/FIAN

noch einmal Gold herauszulösen. Die Explorationsphase und Aufbauphase im Tagebau konnte verkürzt werden, so daß für die Bergbauunternehmen die Gewinnschwelle schneller erreicht werden kann. Das Fassungsvermögen der eingesetzten Lastwagen hat sich von 20 t (1960) auf 200 t (1990) erhöht. All diese Neuerungen haben in der Goldindustrie dazu geführt, daß Goldaktien zu einer lohnenden Investition geworden sind.

Die Großen der Branche versuchen die Gewinnspanne durch Fusionen und eine Erneuerung des Maschinenparks zu erhöhen.

Die Goldbranche sieht jedoch die Zukunft nicht in den traditionellen Goldförderländern wie den USA und Südafrika. Zum einen nehmen die Fördermengen im Tagebau in diesen Ländern ab, zum anderen wird der zu erzielende Gewinn durch gestiegene Umweltauflagen geschmälert. Daher

Angelika Weber ist Mitarbeiterin im internationalen FIAN-Sekretariat in Heidelberg (Asienabteilung).

gehen die internationalen Goldkonzerne immer mehr dazu über, in Ländern der sogenannten Dritten Welt die Goldvorkommen abzubauen. Dies ist besonders dann lukrativ, wenn die Goldförderung im Tagebau geschehen kann. Voraussetzung für einen lukrativen Goldabbau ist allerdings, daß die Investitionen in den Goldabbau nicht durch Umwelt- und andere Auflagen behindert werden.

## Goldene Zeiten auf den Philippinen

Die Philippinen gehören zu den Ländern, die noch über reichlich Goldvorkommen verfügen. Die reichen Goldvorkommen der Philippinen finden sich meist in Gebieten, die von der indigenen Bevölkerung bewohnt werden, wie etwa. den Cordilleren und in Mindanao. Traditionell wurde hier schon lange Gold von der indigenen Bevölkerung abgebaut. Vor allem in den Cordilleren beherrschen die Indigenen die Goldwäscherei und kommen mit dieser mechanischen Methode sogar ohne Quecksilber aus. Die philippinische Regierung fördert den Goldabbau, weil sie sich durch die Einnahmen aus den Lizenzen, die sie an die Bergbaukonzerne vergibt, einen Beitrag zur Lösung ihrer finanziellen Probleme erhofft. Die Schulden des philippinischen Staates beliefen sich 1997 auf 39 Milliarden US-Dollar. Daher ermutigt die philippinische Regierung ausländischen Konzerne, in den philippinischen Goldbergbau zu investieren. Allein im Jahr 1998 wird mit einem Investitionsvolumen von 200 US-Dollar gerechnet (Quelle: Manila Times 01.12.1997).

— Anzeige —

Auch der philippinische »Mining Act 7942« von 1995 spricht in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Er stellt ein Paket von Anreizen für ausländische Investoren dar. So sichert er diesen 100 % Besitzrechte an einer Mine zu. Das alte Bergbaugesetz hatte noch vorgesehen, daß ausländische Investoren nur einen Anteil von 40 % an einer Mine besitzen dürfen und sich einen philippinischen Partner für die restlichen 60 % suchen müssen. Mit der Schürfgenehmigung werden exklusive Schürfrechte für 25 Jahre sowie Holzeinschlagrechte, Wasserrechte auf dem lizenzierten Gebiet vergeben. Weiterhin gestattet der Mining Act 7942 ausländischen Investoren, die erwirtschafteten Profite zu 100 % in die ausländischen Mutterfirma zurückfließen zu lassen.

Lizenzen für den Bergbau, sogenannte Financial or Technical Assistance Agreements (FTAA), können jeweils für eine Fläche von 81.000 ha beantragt werden. Allerdings wird von den Bergbaufirmen als Gegenleistung eine Investition von 50 Millionen US\$ verlangt. Mittlerweile liegen der philippinischen Regierung 113 FTAA-Anträge vor.

## Ein lautes Nein zum Mining Act

Seit Erscheinen des Mining Act 7942 hat es vielfältigen Widerstand von Seiten der indigenen Bevölkerung, der Kirchen und der Nichtregierungsorganisationen gegeben. Sogar Fischerorganisationen haben sich dem Protest angeschlossen. Organisationen der indigenen Bevölkerung befürchten den Verlust

ihres Landes und die Verschmutzung ihrer noch intakten Umwelt. Dies würde für sie den Verlust ihrer Lebensgrundlagen bedeuten.

Unfälle können zu Fischsterben durch Verseuchung von Flüssen mit toxischen Stoffen führen. Aber auch die in Rückhaltebecken gelagerten Gesteinsrückstände, die mit der Cyanidlauge bearbeitet wurden, stellen eine Gefahr für die Lebensgrundlagen dar. Trotz aller Versicherungen der Minengesellschaften, daß sie den höchsten technischen Standard verwenden und damit größte Sicherheit gewähren können, brechen die Dämme dieser Rückhaltebecken immer wieder. Die mit Cyanid und anderen giftigen Chemikalien durchsetzten Gesteinsabfälle gelangen in Flusssysteme oder — wie vor kurzem in Zamboanga — in die darunter liegenden Felder. Nicht immer können die Entschädigungszahlungen der Minenbetreiber die langfristigen Schäden für den Lebensunterhalt kompensieren, den die betroffene Bevölkerung erleidet. So wurden beim Marcopper-Unglück 1995 auf der Insel Marinduque zwar die Anwohner des Flusses Boac, in den 2,5 Millionen Tonnen der Abfälle gelangt waren, entschädigt. Die Anwohner der Bucht, in die der Boac mündet, kämpfen aber immer noch um eine Entschädigung für die weiträumige Kontaminierung der Bucht.

Eine spätere Abänderung des Mining Act 7942 scheint dieser Kritik Rechnung zu tragen. Nun ist die Zustimmung der indigenen Bevölkerung sowie eine Umweltverträglichkeitsbescheinigung des Ministeriums für Umwelt und natürliche Ressourcen (DENR) Voraussetzung für die Erteilung einer FTAA. Das führt nun

## Leben in den Philippinen

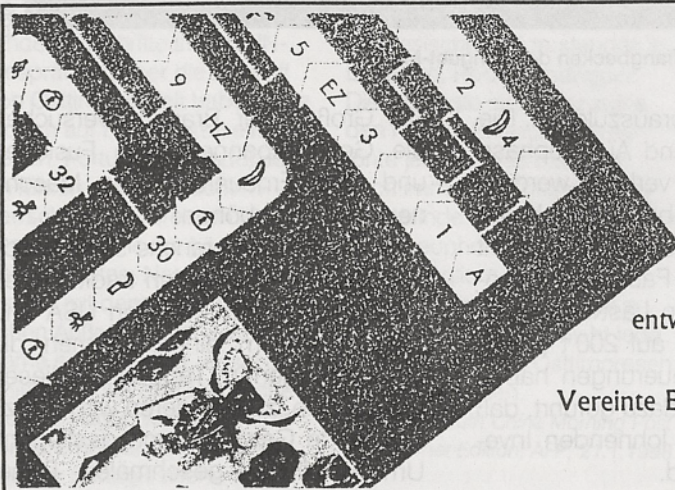
*mehr als nur ein Würfelspiel*

**Christen in den Philippinen  
zwischen Leiden und Hoffnung**

Unterrichtsreihe, Würfelspiel und Hintergrundmaterialien für den Unterricht in der Sekundarstufe I und II entworfen und zusammengestellt von Ulrich Holste-Helmer, Essen

Herausgeber und Bezugsadresse:

Vereinte Evangelische Mission, Referat Öffentlichkeitsarbeit und Medien  
Rudolfstr. 137, 42285 Wuppertal, Tel. 0202/89004-125  
DM 10,- (incl. Porto und Verpackung)



allerdings zu ganz absurden Konsequenzen für die indigene Bevölkerung, die auf dem Land lebt, für welches die Regierung Bergbaulizenzen vergibt.

## Spalte und Herrsche

Vertreter philippinischer NGOs berichten, daß Bergbauunternehmen alles daran setzten, das nötige Plazet zu erhalten und dabei auch mit unseriösen Methoden vorgehen. So legte der australische Konzern Western Mining Corporation (WMC) ein Dorfentwicklungsprogramm für ein Gebiet von 10.000 Hektar vor. Den Dörfern wurde nun über einen langen Zeitraum eine monatliche Summe von 35.000 Peso zur Verfügung gestellt. Dieses Geld und die Vergabe von Arbeitsplätzen an einige der Dorfbewohner hat dazu geführt, daß zuvor sozial intakte Dorfgemeinschaften sich jetzt in Befürworter und Gegner des Bergbaus spalteten und mittlerweile bis in die Familien hinein zerstritten sind. Dadurch scheint es gelungen zu sein, den Widerstand der Dörfer und der Dorfältesten zu brechen. WMC-Anträge auf FTAAs im Gebiet von Sultan Kudarat, Davao del Sur, South Cotabato, und Sarangani betreffen ein Gebiet von 100.000 Hektar. Schon bevor die Implementierungsvorschriften für den Mining Act 7942 erlassen worden waren, hatte WMC von der philippinischen Regierung exklusive Schürfrechte für diese Fläche zugesprochen bekommen. Nach Angaben der B'laangruppe 'La Buga werden von diesen Bergbauaktivitäten ungefähr 6 000 Menschen betroffen sein.

Ähnlich geht ein anderer großer Bergbaukonzern, die britische Rio Tinto in Zambaonga del Norte vor. In Versammlungen mit Ältesten der Subanen, die den Bergbau vehement ablehnen und Rio Tinto dezidiert auffordern, ihr Land zu verlassen, wenden Vertreter von Rio Tinto, immer wieder ein, daß sie auch andere Meinungen gehört hätten. Darum müsse weiter verhandelt werden. Sie akzeptieren die ablehnende Haltung der indigenen Bevölkerung, auf deren Seite auch die Kirchen stehen, nicht, sondern versuchen, sie zu spalten.

Weiter südlich auf der Halbinsel Zamboanga, nahe der Stadt

Siocon, hat die kanadischen Mininggesellschaft Toronto Ventures Incorporated (TVI) Anträge auf mehrere Lizenzen gestellt und zum Teil auch erhalten. Seit den ersten Explorationsaktivitäten des Konzerns in der Region widersetzen sich die indigene Gemeinschaft der Subanen wie auch die ca. 2.000 Familien, die im kleinen Umfang in der Region vom Bergbau leben (small-scale-miners), heftig der Ansiedlung der TVI. TVI hat die small-scale miners aufgefordert, die Region zu verlassen und wollte sie zwingen, eine vom Konzern festgelegte, einmalige Entschädigung zu akzeptieren. Als diese das ablehnten, wurde eine ungefähr 100 Mann starke bewaffnete, private Wachtruppe angeheuert. Diese hat an allen in die Region führenden Straßen Checkpoints aufgestellt und kontrolliert und konfisziert Material für den Hausbau, und Brennmaterial. Seit Anfang 1997 werden auch Nahrungsmittel konfisziert. Jeder Laden etwa darf nur noch zwei Säcke Reis pro Woche einführen.

Als sich die small-scale miners bei den in der Region stationierten Armeekräften beschwerten, erhielten sie zur Antwort, man sei hier, um Sicherheit für die TVI zu gewährleisten, nicht aber, um in Friedens- und Ordnungsangelegenheiten zu intervenieren.

## Kann IPRA Abhilfe schaffen?

Obwohl die philippinische Verfassung seit 1987 die Landrechte der indigenen Bevölkerung in den Philippinen garantiert, wurde die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes, welches den Schutz der indigenen Landrechte regelt, lange durch den Kongreß hinausgezögert. Der Indigenous Peoples Rights Act (IPRA), in dem u.a. indigene Landrechte festgeschrieben wurden, ist schließlich im

November 1997 beschlossen worden. Noch sind viele Vorschriften für die Anwendungen des Gesetzes nicht geklärt; wie die Manila Times berichtet, hatte das DENR nach der Verabschiedung des IPRA angekündigt, vorläufig alle Anträge auf FTAAs in der Schwebe zu halten, da für die Genehmigung erst IPRA-bezogene Fragen zu klären seien. In der letzten Februarwoche 1998 hat jedoch die

Abteilung für Bergbau und Geowissenschaften des DENR mitgeteilt, daß sie 17 Bergbaufirmen wegen des Verzugs bei der Vergabe der FTAAs Genehmigungen erteilt habe. NGOs wie das LRC-LSK, eine Organisation von Rechtsanwälten, die sich mit Umweltfragen und somit zwangsläufig auch mit den Angelegenheiten der indigenen Bevölkerung befassen, protestierten. Der Geschäftsführer von LRC-LSK wies darauf hin, daß manche dieser Genehmigungen für Gebiete erteilt wurden, in denen die Bevölkerung starken Widerstand gegen Bergbauaktivitäten leisten.

## Gefährdete Lebensgrundlagen

Die Bergbauaktivitäten in den Philippinen gefährden die Lebensgrundlagen der betroffenen indigenen Bevölkerung, indem ihre physische und soziale Umwelt gestört wird. Diese Gemeinschaften nutzen die Natur meist extensiv. Dies erhöht zwar die Fläche, die sie zum Leben brauchen, trägt oft aber auch zum dauerhaften Erhalt der Umwelt bei. Nicht nur die Verschmutzung der Flüsse, die Vertreibung aus dem angestammten Gebiet, und wie bei dem oben geschilderten Fall auch von den Feldern, sondern auch die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts ist eine Gefahr für die betroffenen indigenen Gemeinschaften. Der moderne Bergbau bietet ihnen keinen nachhaltigen Ausgleich für den Verlust dieser Lebensgrundlagen.

Die Menschenrechtsorganisation FIAN tritt für das Recht ein, sich aus eigener Kraft ernähren zu können, und unterstützt deshalb die indigene Bevölkerung in ihren Forderungen nach Erhalt ihrer Lebensgrundlagen. FIAN Lokalgruppen in Belgien und Norwegen haben den Fall der Igorot in den Cordilleren und der Subanen auf Zambaonga übernommen.

Die Indigenen haben die Schulden des philippinischen Staates nicht gemacht, warum sollten sie den Preis dafür zahlen?